

SoVD NRW legt sozialpolitische Forderungen zur Landtagswahl vor

# Inklusion umsetzen, Pflegebedürftige stärken!

Der SoVD Nordrhein-Westfalen stellte in der Landespressekonferenz seine sozialpolitischen Forderungen zur Landtagswahl vor. Der Verband fordert ein inklusives Bildungssystem, die Weiterentwicklung des Landespflege- und Landesheimgesetzes und die Schaffung eines barrierefreien NRW. Dazu ist das Land auch nach der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Von der zukünftigen Landesregierung erwartet der SoVD NRW außerdem, dass diese in einem Aktionsplan umfassend darlegt, wie sie den Anforderungen der UN-Konvention gerecht werden will. Dringender Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Verbandes zudem bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

„Bislang besuchen nur 16 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Regelschule. NRW ist damit bundesweites Schlusslicht. Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht. Die neue Landesregierung muss im Schulgesetz einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht verankern. Sie muss Ressourcen und Personal dafür bereitstellen“, sagte die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram.

Großen Handlungsbedarf sieht der SoVD NRW auch bei der Weiterentwicklung des Landesheim- und Landespflegegesetzes sowie beim Ausbau der ambulanten Versorgung. „Behinderte und pflegebedürftige Menschen haben das Recht, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Dieses Recht sehen wir massiv verletzt: Pflegebedürftige müssen

zum Teil gegen ihren Willen ins Heim ziehen, weil die ambulanten Versorgungsstrukturen nicht ausreichen und zu wenig barrierefreier Wohnraum vorhanden ist. Sie können zudem im Heim auch gegen ihren Willen mit einem



Foto: Taffi/fotolia

Wildfremden im Doppelzimmer untergebracht werden“, erläuterte die Landesvorsitzende.

Des Weiteren fordert der SoVD NRW von der künftigen Landesregierung einen entschlossenen

Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. In Nordrhein-Westfalen leben 2,5 Millionen arme Menschen. Jedes vierte Kind lebt in Armut. „Kinderarmut lässt sich nur bekämpfen, wenn man die Elternarmut bekämpft. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Daher fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Das Land muss seine Einflussmöglichkeiten

hierfür nutzen“, führte Gerda Bertram aus.

Der SoVD NRW drängt zudem darauf, dass sich die neue Landesregierung auf Bundesebene für einen Richtungs-

wechsel in der Sozial- und Verteilungspolitik engagiert: „Starke Schultern müssen in Deutschland wieder mehr tragen als schwache. Wir müssen zu einem solidarischen Sozialsystem zurückkehren, das die Menschen gegen soziale Lebensrisiken wie Erwerbslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit ausreichend absichert. Eine weitere Privatisierung dieser Risiken, die einseitig zulasten der Arbeitnehmer und Versicherten geht, lehnen wir ab.“



Die ausführlichen sozialpolitischen Forderungen des SoVD NRW zur Landtagswahl können Sie im Internet unter [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de) abrufen.



Gerda Bertram

## Nur wer wählt, entscheidet mit!

Mit der Auflösung des Landtags ist es in Nordrhein-Westfalen zu einem Stillstand in der Behinderten- und Pflegepolitik gekommen: Der Aktionsplan für ein inklusives NRW, die Umsetzung der inklusiven Bildung, die Weiterentwicklung des Landespflege- und Landesheimgesetzes und andere wichtige Vorhaben wurden auf die lange Bank geschoben. Um auf den dringenden Handlungsbedarf in diesen Bereichen hinzuweisen, hat der SoVD NRW sozialpolitische Forderungen erarbeitet und diese der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Forderungen wurden auch an die politischen Parteien übersandt.

Nun sind Sie, liebe Mitglieder, am Zug: Bringen Sie bei den Wahlveranstaltungen vor Ort die Anliegen der behinderten, pflegebedürftigen und sozial benachteiligten Menschen zur Sprache! Nutzen Sie Ihr Recht, mitzuentcheiden, wohin es mit Nordrhein-Westfalen gehen soll! Gehen Sie am 13. Mai zur Wahl!

Denn nur wer seine Stimme abgibt, bestimmt mit, ob die Anliegen der Rentnerinnen und Rentner, der behinderten, chronisch kranken und sozial benachteiligten Menschen Gehör finden werden. Der SoVD ist parteipolitisch neutral. Aber eine geringe Wahlbeteiligung höhlt unsere Demokratie aus. Denn dann bestimmen wenige Menschen über viele, die sich nicht beteiligt haben. Wer die Demokratie und den Sozialstaat stärken will, sollte daher wählen gehen. Machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch: Reden und entscheiden Sie mit!

Ihre Gerda Bertram  
Landesvorsitzende

Proteste zum Equal Pay Day auch in NRW

## Gemeinsam gegen Entgeltungleichheit

Aus Protest gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern verteilten SoVD-Frauen am Equal Pay Day („Tag der Entgeltgleichheit/Lohngerechtigkeit“) landesweit rote Taschen und Schuhlöffel mit der Aufschrift „Diesen Schuh ziehen wir uns nicht an!“. Sie machten mit der Aktion darauf aufmerksam, dass Frauen rund 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Landesfrauensprecherin Gabi Helbig warnte vor einem Anstieg der Altersarmut insbesondere bei Frauen.

Aufgrund schlecht bezahlter Teilzeit- oder Minijobs sind viele Frauen im Alter von Armut bedroht. „Die Lohnlücke summiert sich zu einer Rentenlücke von 59 Prozent auf“, erklärte Landesfrauensprecherin Gabriele Helbig am Aktionsstand vor den Düsseldorfer Arcaden. Sie prangerte auch die allgemein schlechtere Vergütung sogenannter Frauenberufe an: „Die Pflege eines alten Menschen ist in unserer Gesellschaft offenkundig viel weniger wert als die Reparatur eines Autos. Das kann so nicht richtig sein. Wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!“

Um die Frauen insgesamt besser sozial abzusichern, forderte die Landesfrauensprecherin auch die Abschaffung sozialversicherungsfreier Jobs und die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns.

Unterstützt wurde sie dabei von der 2. Landesvorsitzenden Renate Falk, den Mitgliedern des frauenpolitischen Ausschusses sowie von Unterstützerinnen und Unterstützern aus den Kreis- und Bezirksverbänden. Weitere Aktionen fanden in Bochum-Hattingen,

Dortmund, Bielefeld, Essen, Witten, Recklinghausen, Westfalen-Ost und Aachen statt. Dabei wurden insgesamt 2000 Taschen verteilt.



In Düsseldorf protestierten SoVD-Frauen gegen die ungleiche Entlohnung und forderten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einen gesetzlichen Mindestlohn.